

Erklärung von Georges Spénale (Dezember 1975)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. November 1975, n° 11. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "Erklärung von Georges Spénale", p. 11.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2014

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_georges_spenale_dezember_1975-de-3d898a35-dec1-4f2e-8cb4-3e02d7af069d.html

Publication date: 14/05/2014

Erklärung von Georges Spénale (Dezember 1975)

„Die Verpflichtung der sieben Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zur Direktwahl des Europäischen Parlaments im Mai/Juni 1978 ist zweifellos eines der positiven Ergebnisse des Europäischen Rates von Rom.

Auch die beiden Länder, die sich noch nicht auf diesen Termin festlegten, bestreiten nicht den Grundsatz der europäischen Wahlen. Es besteht somit eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß sie sich noch vor 1978 den anderen anschließen werden. Eine positive Entwicklung scheint um so wahrscheinlicher, als diese beiden Länder, die auf eine lange parlamentarische Tradition zurückblicken, immer ihr Bemühen um einen Fortschritt der Demokratie in der Gemeinschaft bekundet haben.

Aus politischen wie auch psychologischen Gründen liegt dem Europäischen Parlament sehr viel daran, daß die europäischen Wahlen in allen Ländern der Gemeinschaft zum gleichen Zeitpunkt abgehalten werden.

Jedenfalls muß die vom Europäischen Rat im Hinblick auf die Direktwahl eingegangene Verpflichtung das Signal für eine allgemeine Mobilisierung der politischen Kräfte und der Öffentlichkeit in allen betroffenen Ländern sein. Damit diese Wahlen auch tatsächlich innerhalb der festgelegten Frist stattfinden können, ist eine sehr umfangreiche Vorbereitungsarbeit zu leisten. Heute beginnt ein eigentlicher „Countdown“!

Der Rat der Europäischen Gemeinschaft muß nun den ihm vom Europäischen Parlament vorgelegten Entwurf einer Konvention verabschieden.

Die Entscheidung über die einheitliche Vertretung der Europäischen Gemeinschaft im Nord-Süd-Dialog ist ganz offensichtlich ein weiteres ermutigendes Teilergebnis dieses Europäischen Rates. Durch diese Entscheidung wird eine große Gefahr für die Gemeinschaftssolidarität in einem für die Zukunft Europas lebenswichtigen Bereich abgewendet.

Schließlich ist die Schaffung eines europäischen Passes im Jahre 1978, dem Jahr der allgemeinen Wahl, zu begrüßen, da diese beiden Maßnahmen, die in zwar ganz verschiedenen, aber sich ergänzenden Fragen getroffen werden, die europäische Persönlichkeit stärken.“